

Saale-Beitung.

Stiftungsbeilage Jahrgang.

Bezugspreis
Die Halle wöchentlich 2,50 M., bei
vierteljährlicher Zahlung 7,50 M.,
halbjährlich 13,50 M., jährlich 25,00 M.,
auswärtige Zustellung
zusätzlich. Bestellungen werden von allen
Nachschubstellen angenommen.
Für den amtlichen Zeitungs-Bezugspreis
unter 'Saale-Beitung' eingetragen.

Anzeigen
werden die Spaltenbreite oder deren
Raum mit 20 Pfg. für eine Zeile und
20 Pfg. berechnet und in der Expedition,
von unseren Annoncenstellen und allen
Annoncen-Expeditoren angenommen.
Bekanntlich die Seite 75 Pfg.
Erhalten möglichst prägnant;
Sonntags und Feiertags einmal,
sonst zweimal täglich.
(Der Abdruck unserer Original-Anzeigen
ist nicht gestattet.)

Nr. 115. Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 9. März 1904. 1904.

Fürsorge für Heimarbeiter.

Seit langem bilden die traurigen Arbeits- und Wohn-
verhältnisse in der Hausindustrie den Gegenstand sorgfög-
licher Erwägungen aller Sozialpolitiker. Seit Hauptmann
seine 'Werber' schrieb und - wenn auch für die Einzelfälle
falsch - so doch für die Allgemeinheit richtig - auf die
traurige Lage der schlechten Weber hinwies, ist die größere
Öffentlichkeit für die künftige Erlebens der armen Heim-
arbeiter interessiert worden. Auch die Regierung hat sich
mehrfach mit diesen Zuständen befaßt und die schlimmsten
Mißstände in der Tabakindustrie durch Verordnungen be-
kämpft. Aber die gesetzliche Regelung der Heimarbeiter hat
sich bisher in den allerengsten Grenzen gehalten. Mit
guten Gründen. Denn es muß anerkannt werden, daß hier-
bei die Erzeugnisse von 456,982 Heimarbeitern, worunter allein
200.000 Frauen und eine sehr große Zahl Kinder sind, mit
auf dem Spiele steht, daß zahlreiche Hausindustrien durch
Belastung mit sozialpolitischen Ausgaben und beherrschenden
Verboten in kurzer Zeit zugrunde gerichtet werden könnten
und damit der Bevölkerung ganzer Gegenden, wie der von
der Glas- und Spielwarenindustrie lebenden Thüringer
Landbevölkerung, den schieflichen Weibern der Verdienst ab-
gegriffen würde. Aber die Mißstände, die in ver-
schiedenen Hausindustrien bestehen, sind so groß, die Löhne
so traurig, die Gefahren für die Gesundheit so groß, daß
es als ein entschiedenes Bedürfnis der Generalkommission der
Gewerkschaften Deutschlands anzuerkennen ist - mag ihre
Mehrfach und ihre Leitung auch politisch zur Sozialdemo-
kratie rechnen - einen Kongreß der Heimarbeiter
nach Berlin berufen zu haben, der gegenwärtig über Maß-
regeln zur Abstellung der Mißstände berät. Die eingeladenen
Regierung hat in einem kurzen Schreiben mitgeteilt, daß sie
nicht teilnehmen in der Lage sei. Der österreichische
Regierungsvertreter, der ursprünglich erschienen wollte, hat
darauf auch seine Zusage zurückgezogen. Dasselbe haben
die christlichen Gewerkschaften getan. Wir meinen zu Un-
recht. Nach dem bisherigen Verlauf des Kongresses, dem
der Vorsitzende der Gewerkschaftskommission Legien und
Prof. Franke aus Berlin mit gleichen Rechten präsidieren,
sind politische Ergebnisse nach dem üblichen Stil der sozial-
demokratischen Verbergung noch nicht hervorzugetreten, und die
genannten Stellen hätten sich also an die sozialdemokratische
Macht diesmal nicht zu stoßen brauchen, sondern hätten
besser getan, den hier aufgedeckten Mißständen durch Teil-
nahme an den Verhandlungen ihr Interesse zu zeigen. Und
die Verhältnisse sind allerdings danach, daß ein Eingriff
der Gesetzgebung in verschiedenen Punkten dringender wünschens-
wert ist.

Künftig in sanitärer Beziehung. In Thüringen
schaffen sich in manchen Gegenden, in ganzen Dörfern, die
Familien durch leichte Hausindustrie Lebensverdienst. Die
leidenden Arbeiter können oft auch schuldige Kinder in
ihrer freien Zeit erledigen. Dem Agenten wird ihnen
Material geliefert und die Ware wieder abgekauft. Oft
beschäftigt aber auch ein Meister Fremde im Hause und
es wird dort Handarbeit im Großen verrichtet, namentlich
in der Tabak- und Textilindustrie. Hier wie dort wird in
den Arbeitsräumen dann oft gleichzeitig gefocht, geschlafen,
gegessen, es liegen Kranke darin und es ist eine solche
Menschenüberfüllung vorhanden, daß dauernde Gefahren
für die Gesundheit der Arbeiter entstehen oder auch die
Ware unsauber behandelt wird und durch Krankheitserreger
des Typhus, des Scharlachs, der Diphtherie, der Tuberku-
lose oder Infuenza verpestet wird. Namentlich bei
Mäße und Nahrungsmittelherstellung wird diese
Gefahr zu einer Gefahr für die Allgemeinheit. Wenn deshalb
auf dem Kongreß vorgeschlagen wurde, daß jedes Fabrikat
der Hausindustrie, bis es in die Hände des Käufers gelangt,
die Aufschrift 'Heimarbeiter' tragen soll, so ist das aller-
dings ein verwerfliches Mittel. Es würde vom Kauf solcher
Waren abhalten. Notwendig ist vielmehr, die beherrschende
Kontrolle durch Gewerbe- oder Wohnungsinspektoren auf
sich die Heimarbeiter auszuüben, um für heilsame, luftige,
reine und trockene Arbeitsräume zu sorgen. Da die
Fabrikinspektion ohnehin überlastet ist, wäre es anzubringen,
damit eine besondere Wohnungsinspektion zu bewerkstelligen.
Es erweist sich das ist, zeigt die Mittelung, das allein in der
Meinung Größtminderndes unter 100 Todesfällen
immer 64 an Tuberkulose erfolgten, bei den Holzarbeitern
50%, bei allen übrigen Leuten nur 26 Pro. Gefährlich
ist besonders die Anfrichte des Bleichens in der Tabakindustrie.
Freilich ob sie sich ganz ausrotten läßt, erweist zweifelhaft.
Aber in Savanna die Fabrikation selbst unserer edelsten
Zigarren mit angefallen hat, wird darüber leider anderer
Meinung sein.

Am traurigsten steht es mit den Weibern der Heim-
arbeiter aus. Hier handelt es sich aber zugleich um den
springenden Punkt der ganzen Frage. Seit Verdrängung
der Handarbeit durch die Fabrikarbeit wird nun einmal die
erster nachgenutzte viel geringer bewertet, und kein Staat
der Welt kann daran etwas ändern. Und ein
Mindestlohn nicht aufgestellt, so bleibt immer die Frage, ob
dieselben Leute, die diese Löhne fesseln, dann den Leuten
auch neue Arbeit geben, wenn sie deshalb von ihren Unter-
nehmern fortgeschickt werden mit dem Bemerkten: 'Bei
diesem Lohne vertritt sich eben die Arbeit für mich nicht
mehr. Ich gebe den Betrieb auf.' Diese Schwierigkeiten
sind fider sorgfältig zu erwägen. Aber bei alledem sollte
tragendste Besserung doch zu ermöglichen sein. Denn
beute erhalten. Die Kunstblumenheimarbeiterinnen
summe einen Stundenlohn von 5-5 1/2 Pfg., für Bind-

holer werden 60-70 Pfg. pro Tausend gesaßt, eine
Ruppenarbeiter verdient 3,35 M. die Woche und muß noch
die Häfen liefern. Ein Glaserhausweber verdient 67
bis 77 Pfg. pro Tag. Das sind traurige Zustände.
Gesetzlich Mindestlöhne festzusetzen, wird leider auch wegen
der dann nötig werdenden Spezialisierung der Arbeit un-
endliche Schwierigkeiten bereiten. Mit dem radikalen Verbot
aller Heimarbeiter, das verschiedene Weiber verlangen, ist
erst recht den meisten Heimarbeitern nicht gebient. Es kann
sich nur um Abstellung der schlimmsten Mißstände, eine
starke Einschränkung der Kinder- oder Weibnarbeiterarbeit,
Ausbehebung der Wohnungsinspektion und strenge sanitäre
Kontrolle der Heimarbeiter handeln.

Freilich von allen Mitteln wird immer die Schaffung aus-
gedehnter und lehnender Arbeitstätigkeiten die
durch allgemeine Hebung unseres Sports und der Leistungs-
fähigkeit des inneren Marktes auch hier das vornehmste
Mittel sein, niedrige Löhne zu heben. Die verbesserte Lage
des betr. Industriezweigs teilt sich dann, wie die Erfahrung
lehrt, den darin Arbeitenden von selbst mit. Aber in dem,
was sofort gesehen kann, einer strengeren Aufsicht der
Heimbetriebe, darin hat sich der Berliner Kongreß das Ver-
dienst erworben, daß er von neuem Gesetzgebung und Dezentra-
lisierung auf Zustände hingewiesen hat, die die volle Aufmerk-
samkeit der Gesetzgebung in hohem Maße verdienen. W.

Der Krieg in Ostasien.

Vorfekung des japanischen Aufmarsches.
Der 'Agence Havas' wird aus Shanghai mitgeteilt, daß
die Mobilisierung der japanischen Truppen sich regelmäßig
vollzieht, indessen doch bedeutend langsamer, als
man angenommen hatte. Sobald diese Truppen-
massen in Korea und in der Mandchurie gelandet sein
werden, werden sie in vier Heeresabteilungen ein-
geteilt werden. Bis jetzt weiß man noch nicht, welche
Konzentrierungsplätze auszuweisen sind.

Russische Kriegesflotte?

Aus Petersburg wird der 'Intern. Kor.' geschrieben:
'In diplomatischen Kreisen herrscht die Langsam-
keit, mit der sich der Aufmarsch der russischen Streitkräfte
am Jalusüße und im nördlichen Korea vollzieht, in sehr
eigenwilliger Weise. Man nimmt an, der russische Kriegs-
plan bestrebe darin, die Japaner mit ihrer Hauptmacht nach
der Mandchurie zu locken, um diese dort mit
überlegenen Streitkräften anzugreifen und sie völlig von
Korea abzuhängen zu können. Die ganze Heimmittige
haltung, die die russische Heeresleitung zeigt, ist nur eine
Kriegesflotte. Die angelegten Erwidlungen, Port Arthur zu
aufzugeben und die Halbinsel Liautung zu räumen, hätten
nichts statgefunden; im Gegenteil würde es nach der
Ankunft des Generals Kurapatin auf dem Kriegsschauplatz
die einzige Aufgabe des Admirals Alexieff sein. Port
Arthur und die Halbinsel mit allen Kräften zu verteidigen.
Eine wirkliche Offensive soll die russische Flotte erst im
Mai oder Juni beginnen, wenn sie durch das Mittel-
meergeschwader und durch das baltische Geschwader auf die
doppelte Stärke gebracht ist. Ebenso werde man vor Ende
April keine bedeutenden Vorgänge in dem Landkriege er-
warten dürfen. - Ob aber die Vereinigung der Flotten
von den Japanern überhaupt zugelassen wird und ob nicht
vorher ein gemeinsamer Angriff zu Land und zu Wasser auf
Port Arthur stattfinden, hängt nicht von dem Willen der
Russen ab. Andererseits ist nicht zu leugnen, daß der Plan,
die Japaner erst tief nach Norden ins Land hinein zu
locken und dann mit überlegener Macht anzugreifen, sehr
viele Vorteile für Rußland bringt.

Port Arthurs Widerstandsfähigkeit

ist nach russischen Berichten zweifellos. Einer der hervor-
ragendsten Militär-Experten Rußlands, Generalleutnant H. d.
erklärte, nach dem 'L.-A.' für Port Arthur bestrebe auch im
Fall wirklicher Belagerung keine Gefahr. Die Verteidigungen
sind aus Erde und Beton herzustellen; jedes einschlagende Ge-
schloß könne nicht mehr als ein Stück davon anfrühen,
und solche Beschädigungen seien nicht der Rede wert. Uebrigens
sei die Stellung auf etwa ein Jahr mit Vorräten versehen.
Alle Belagerungsarbeiten würden während einer Belagerung
doppelt so rasch erhalten, was ihren Wert natürlich stark
erhöhen wird.

Weitere Meldungen.

In Ukon sind 600 Pferde beschlagnahmt worden,
die für englische Rechnung in Südrußland gekauft, aber als
für Japan bestimmt verdächtigt sind.

Deutsches Reich.

Sinn Tode Graf Walderssee.

Der Chef des Generalstabes der Armee Graf
v. Schlieffen mißt dem Grafen Walderssee in seinem Nachruf
bei, der Träger der Ehrendiener des Grafen Wolke gewesen
zu sein:

In niederen Stellen war er der höchsten ist er uns allen
ein Vorbild, aber ein in erreichbarer Höhe gewesen. Von ihm,
dem Träger dessen, was uns Graf Wolke hinter-
lassen, haben wir gelernt, was wir gelernt
haben. Seit 18 Jahren gehört er uns nicht mehr, aber
noch immer haben wir für den Krieg mit Zuversicht auf ihn
gesehen.

Politik.
- In parlamentarischen Kreisen laufen erneut Gerüchte um,
die davon erzählen, daß der preussische Minister des Innern
Frederik von Hammerstein in seinem nächsten ein-
getreten, würde die Angelegenheit einer größeren politischen Be-
handlung entziehen. - Preussische Minister gehen stets aus So-
zialdemokratischen.

Deer und Foile.
- S. M. S. 'Corvette' ist am 7. März nach Konstantinobel
abgegangen. 'Wolf' ist am 7. März von Kamerun nach Rio
de Janeiro (Kamerungebiet) in See gegangen. 'Eifer' und 'Halle'
sind am 7. März in Colon (Panama) eingetroffen, und am
8. März von dort nach Cartagena (Kolumbien) in See gegangen.
'Goselle' ist am 6. März in Port au Prince (Haiti) eingetroffen.
'Schiff' hat am 8. März die Stelle von Kolumbus nach Williams
fortgesetzt. Für 'Pflanz' ist mit dem Uebel des Streu-
geschwaders Giesebrecht v. Wittlich im Westindien am
8. März in Goungou eingetroffen. 'Jaguar' geht am 9. März
von Santos (am Vantage) nach Rio de Janeiro (am Vantage) ab.

Deutscher Reichstag.

(Eigenbericht der 'Saale-Zig.')

52. Sitzung vom 8. März, 1 Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt.
Am Bundesratspräsidenten: Alexander Ding, von Eberm. u.
Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Entwurfs
betreffend die Beschäftigung des bezugslos gebliebenen
in der Zirkelhaube.

Der Gesandtschaft will den Mitgliedern des sozialdemokratischen
Friedenbundes die Beschlüsse mitteilen, welche die Mit-
glieder des Bundesrats beantragen, aufzufassen und
nationalen Herrscherhäusern besetzen. Die Rechte besetzen u. a.
darin, daß die betreffenden Personen nicht persönlich vor Gericht
zu erscheinen brauchen, sondern kommissarisch übernommen werden
können.

Abg. Stadthagen (Soz.) spricht sich gegen den Entwurf aus.
Der Entwurf enthält eine ungenügende Fülle des ganze G. B.
ander Kraft legen, vielleicht auch die Beschlüsse des sozialdemokratischen
Friedenbundes über das Ernährungsrecht.

Auf eine Bemerkung des Abg. Kirch (Ztr.) erwidert
Staatssekretär Dr. Vierdecker, daß dies Gesetz keinen Ein-
fluß auf verfassungsmäßige Rechte habe, von einem Eingreifen
in die Angelegenheiten der Ehe sei nicht die Rede.

Nach kurzer weiterer Debatte beschließt der Reichstag
den Entwurf mit Zustimmung der Kommission abgelesen, der Gesand-
schaft wird sofort in zweiter Lesung angenommen.

Zweite Beratung des Militär-Gesetz.

Abg. Dr. Sauter (nl.) will nicht mehr
überleben, hat aber durch den Abg. Wedel dazu veranlaßt, wenn
nicht möglich, meine Freunde im Hause, meine Anhänger im
gleiche bleiben. Das Verbot der Weidung des Hauses
ist nicht anhängen. Ich finde, daß die bisherigen Ver-
einbarungen mit der Gestaltung des Geis selbst wenig zu tun
hätten, desto mehr will ich mich an den Ent halten. Doch die
Kommission die Fänge für die Dienstleistungen geteilt hat,
erläßt mich, meine Freunde im Hause, meine Anhänger im
Land mit großem Schmerz, desgleichen im Hinblick auf den neuen
Angelegenheiten. Dagegen haben sich aber geteilt die An-
sichtungen von Seiten der Militärverwaltung, die darin liegen,
daß bei der Einstellung von Offizieren mehr als bisher die
persönliche Qualifikation entscheiden soll, nicht Geburt, das Ver-
mögen, die Verwandtschaft haben die Ausschreibungen des Generalmajors
von Unbes an dem Beschäftigten, der von der Dienstver-
pflichtung ist, die Psychologie mehr als bisher zu betonen.
Zentrale Vorkommnisse haben uns zu diesem Standpunkt
gebracht. Die Kritik an der Arme und aber nicht ansetzen
von der Liebe zu Arme, von dem anfänglichen Blick, sie noch
hinlänglich hervorzuheben zu lassen, als sie schon ist. Unbegreiflich
ist es mir, wenn mancher inoffizielle Militär in ihrer schick-
lichen Beschlüsse das eigene Recht bekräftigen können.
Dobrid geben sie den Gegnern unserer Heeres willkommener
Material. Was soll denn die ewige Warnung vor dem Wege
nach Zena? Aber Zena selbst kann ich dem Kriegsmittel nur
in bedingter Weise bestimmen. Es ist wahr, daß die Arme bei
Zena immer gelodert hat. Aber nach Zena haben die
Reformandanten den Ruhm zu erlangen bestrebt.
Wahr ist es, daß beim Aufbruch von Zena später
die Zener wieder an der Spitze standen. Anderer-
seits waren sie es auch, die vorher den Fall Zena mit
bestanden haben. Wir dürfen die historischen Anschuldigungen
nicht ohne Kritik vorübergehen lassen.
Gegen die Angelegenheiten einiger Weidner über den Krieg in
unserem Militärkorps hat sich der Kriegsmittel mehr
ausgesprochen. Ich vermute eine entschiedene
Stellungnahme gegen den Zuzug, wie er in der Kom-
mission einmündig. Aus den Darlegungen des Kriegsmittelers
ob die Soldaten in der Zukunft in der Zukunft der erste
militärische Wille, diesen Mißständen ein Ende zu machen. Daraus
schöpfen wir unsere Zuversicht für die Zukunft. Man darf nie
vergessen, daß alle diese Vorkommnisse von sozialdemokratischer
Seite ausgehen werden. Der Abg. Wedel hat das Recht des
Weidung der Soldaten in einzelnen Fällen proklamiert.
Dann sagte er wieder, im Falle eines gerechten Krieges würden
auch jene Freunde wie ein Mann aufstehen, um das Vaterland
zu verteidigen. Das stimmt nicht zusammen. Und das stimmt
auch nicht mit den Darlegungen des Abg. Wedel auf dem
Dreißender Parteitag, wo er dieselbe Geschichte die Zos-
schicklichkeit erklärte. Herr Wedel muß es sich schon gefallen
lassen, daß wir immer auf den Dreißender Parteitag exemplar
sind. Er sollte nicht auf den ersten Anstoß, um das Vaterland
in dieser Hinsicht sagen. Wir sind nicht einverstanden, und wir werden
keinen Zugeständnis. Wir werden jedoch jederzeit einen Parteil
aus das lebhafteste Widerstand leisten, die die Grundlinien
unseres Staatsrechts untergraben will. Am liebsten bekämpft
man die Sozialdemokratie, wenn man die Sozialpolitik weiter
durchführt. Um die durchgeführten zu können, bekämpfen wir den
Militärminister, unsere Weidung.
Abg. Ledebour (Soz.): General von Unbes nicht geteilt den
bestimmten Kriegsmittel zu verteidigen. Doch ihm die Soldaten-
mündigungen unangenehm find, glaube ich gen. Die Weidner





